bpt-Neujahrsempfang 2023
18. Januar, 13.30 Uhr, DPG, Berlin
Präsident Dr. Siegfried Moder

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich heiße Sie alle sehr herzlich willkommen zum Neujahrsempfang 2023 des Bundesverbandes Praktizierender Tierärzte.

Besonders begrüßen darf ich Herrn Minister Werner Schwarz aus Schleswig-Holstein, unsere Tierarztkollegin Dr. Franziska Kersten, die freundlicherweise die Schirmherrschaft für die Veranstaltung übernommen hat, Herrn Hermann Färber, Vorsitzender des Bundestagsausschusses für Ernährung und Landwirtschaft. Frau Dr. Kersten und Herr Färber werden im Anschluss an meine Begrüßung ein Grußwort sprechen. Des Weiteren begrüße ich Frau Staatssekretärin Kramme aus dem BMAS mit ihren Kolleg:innen des Deutschen Bundestages, Dr. Reinhardt, Präsident der Bundesärztekammer, Prof. Benz, Präsident der Bundeszahnärztekammer, Dr. Rens van Dobbenburgh, Präsident der FVE, Dr Pjiotr Kwiczinski, Präsident UEVP - thanks a lot for what you both have done to our ukraine collegues. Ich freue mich auch zahlreiche Präsident:innen und Vizepräsident:innen von Bundesoberbehörden, Tierärztekammern, Universitäten und Verbänden bei uns begrüßen zu dürfen. Ein persönlicher Gruß geht noch an unsere langjährige Unterstützerin Frau Gitta Connemann.
Ihnen allen ein herzliches Willkommen!

Das Thema des diesjährigen Neujahrsempfangs ist ‚ONE HEALTH'. Das Thema betrifft uns alle. Umso wichtiger ist ein fachlicher Austausch, das miteinander statt übereinander Reden! Ich freue mich daher sehr auf den Vortrag des Präsidenten der Bundesärztekammer, Dr. Klaus Reinhard mit dem Titel „One Health - wo stehen wir".

Sehr geehrte Damen und Herren,
ein Blick auf die Situation aller Heilberufe in Deutschland zeigt auf, die umfassende medizinische Versorgung und Betreuung von Mensch und Tier ist derzeit kritisch und künftig noch mehr gefährdet.

Die Ursachen kann man wie folgt auf den Punkt bringen:

- Mangel an Nachwuchs
- Versorgungsnotstand im ländlichen Raum
- Fokus der Gesetzgebung auf Bürokratie, anstatt Zeit zu schaffen für die Patienten und Patientinnen
- Hemmnisse bei der Flexibilisierung der Arbeitszeit
- Und v.a. eine Politik, die die fachliche Expertise der Betroffenen, die wir als Verbände einbringen, einfach ignoriert.
-

Der Präsident des Virchow-Bundes, Dr. Heinrich, hat dieser Tage in einem Interview mit dem ZDF darüber geklagt, dass Bundesgesundheitsminister Lauterbach weder mit seinem Verband rede noch sich in der Sache schlau mache. Deshalb würden Gesetze über die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte hereinbrechen, die nicht funktionieren. Aufgrund meiner langjährigen Erfahrung in der Berufspolitik kann ich nur anmerken: So unsäglich wie jetzt, war es noch nie.
Auf eine kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion an die Bundesregierung, wie oft sich der Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft und seine Staatssekretärinnen seit Amtsantritt mit Verbänden getroffen hätten, gab es vor wenigen Tage, am 10. Januar, die vielsagende Antwort, dass die Termine mit Verbänden und Unternehmen, ich zitiere, aus ‚verschiedenen Gründen nicht genannt werden können'. Ich kann Ihnen aber mit Sicherheit sagen: Für die Tierärzteverbände hatte Herr Özdemir bislang noch keine Zeit!

Und lassen Sie mich auch noch hinzufügen:
Wir begrüßen es immer, wenn der Bundestagsausschuss für Ernährung und Landwirtschaft eine Sachverständigenanhörung zu Gesetzentwürfen durchführt. Was ich aber nicht verstehe, ist, dass am 17. Oktober eine Sachverständigenanhörung zu dem jetzt am 1. Januar in Kraft getretenen Tierarzneimittelgesetz stattgefunden hat, allerdings nicht ein einziger Ratschlag der Experten:innen Eingang in das Gesetzgebungsverfahren gefunden hat. Vielleicht war man ja beleidigt, dass bei der Anhörung die Experten deutlich auf die Versäumnisse der Bundesregierung mit Blick auf dringend gesetzliche Regelungen zur Prävention, z.B. durch Umsetzung des AHL mit Tiergesundheitsbesuchen und Überarbeitung von Haltungsvorschriften, hingewiesen haben.

Wenn Sie, sehr geehrte Abgeordnete, meinen, Sie wissen es besser, als diejenigen, die bereits zu einer AB-Reduktion von über 60 % beigetragen haben, dann sparen Sie sich und uns die Zeit für Alibiveranstaltungen! Diese Zeit nutzen wir lieber für die Arbeit mit unseren Patienten.

Meine Damen und Herren,
erlauben Sie mir noch kurz beim Tierarzneimittelgesetz zu bleiben. Die Vermeidung von Antibiotikaresistenzen durch eine zielgerichtete, kontrollierte und korrekte Anwendung bei Mensch und Tier ist Aufgabe von Tiermedizinern und Humanmedizinern. Hier können und müssen wir mit- und zusammenwirken. Und zwar mehr als in der Vergangenheit. Für das umfassende Problem des Vorhandenseins oder des Eintrages von Antibiotika-resistenten Keimen in die Umwelt kann aber nicht die gesamte Last nur auf unseren „tiermedizinischen“ Schultern abgeladen werden. Denn die ordnungsgemäße Behandlung von kranken Tieren muss weiterhin gewährleistet bleiben. Die Ampelkoalition will eine weitere Reduktion des Antibiotikaeinsatzes um 50 %. Da muss man sich dann schon fragen von was und wie? In jedem Fall darf diese Vorgabe nicht dazu führen, dass kranke Tiere nicht mehr behandelt werden können. Das wäre tierschutzwidrig!

Antwort auf diese Fragen geben die Reden im Bundestag zum TAMG. Dort wurde ganz offen gesagt, dass man nicht nur einen Umbau der Tierhaltung, sondern deren Abbau will. Ich halte es aber für dringend geboten, dass wir uns für den Erhalt der Erzeugung hoch qualitativer tierischer Lebensmittel in Deutschland einsetzen, um die Lebensmittelversorgung in Deutschland zu sichern. Nicht jeder Bundesbürger, jede Bundesbürgerin lässt sich von der Ampelregierung eine Umerziehung auf vegetarisch oder vegan aufdrücken. Das Fehlen von tierischen Lebensmitteln, die zudem aufgrund der aktuellen Krise günstig sein müssen, wird m.E. zu einem erhöhten Importaufkommen in Deutschland und einer Abhängigkeit vom Ausland führen. Und das von Lebensmitteln, die häufig nicht nach deutschem Tierschutz- und Qualitätsstandard produziert worden sind.

In der Coronazeit haben wir gesehen, was es bedeutet, vom Ausland abhängig zu sein. Die Ampelkoalition sollte sich deshalb auch mit den Auswirkungen des verstärkten globalen Handels mit Import und damit auch möglichem Import von resistenten Erregern auf Fleisch oder Gemüse auseinandersetzen. Importiertes Gemüse und Gewürzpflanzen aus Asien waren laut einer Studie der Universität Zürich bereits im Jahr 2015 massiv mit antibiotikaresistenten Keimen verunreinigt und solche Keime wurden sogar in Gewässern nachgewiesen.

Wenn wir einen Blick auf die Resistenzlage in der Tiermedizin in Europa werfen, zeigen die Auswertungen der EU-Behörden für das Jahr 2021, dass sich die Resistenzlage in der Tiermedizin insgesamt entspannt hat. Diese positive Entwicklung, wie auch die erreichte Reduktion des Einsatzes von Antibiotika in der Nutztierhaltung in Deutschland, konnte nur mit der Tierärzteschaft erreicht werden. Auch deshalb halte ich das jetzt gezeigte Verhalten der Ampelkoalition mit Ignorieren der fachlichen Expertise der Tierärzteschaft für nicht zielführend.

Im Nutztierbereich haben wir bereits einen fortschreitenden Mangel an jungen Kolleginnen und Kollegen. Die anfänglich vorhandene Begeisterung für die Arbeit an und mit den Tieren geht immer mehr über in Frust, weil die Wertschätzung der Politik fehlt und die Bürokratie immer mehr Zeit frisst, die man eigentlich lieber am Patienten/ Tier verbringen würde.

Für alle, die sich mit den neuen nochmals erhöhten Dokumentationsanforderungen nach dem neuen Tierarzneimittelgesetz nicht auskennen, hier in Kurzform:
Der Staat will, dass ab 1. Januar sehr umfänglich alle Antibiotikaanwendungen bei Rindern, Schweinen und Geflügel erfasst werden, stellt dafür aber bislang nicht die notwendige Meldeinfrastruktur zur Verfügung. Die ist vermutlich erst ab Mitte des Jahres einsatzbereit. Wie bitte soll das umgesetzt werden? Heißt das im Klartext, dass der Tierarzt:in jetzt erstmal alles irgendwie aufschreiben und dann kumuliert in ein paar Monaten in die Datenbank übertragen muss? Und das mit einem Nachpflegeaufwand von Wochen.

Meine Damen und Herren,
das ist doch Irrsinn! Erst recht vor dem Hintergrund des immer schärfer werdenden Tierärztemangels! Als bpt sprechen wir uns deshalb ganz klar gegen ein Nachtragen von Daten aus, denn der Fehler dafür liegt bei der Politik, die es nicht geschafft hat, die Meldestruktur rechtzeitig aufzubauen. Es kann nicht sein, dass wir Tierärzt:innen für diese Versäumnisse wieder den Kopf hinhalten müssen

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
unseren Kollegen in der Humanmedizin ergeht es genauso. Laut einer Studie des Marburger Bundes vom vergangenen Herbst musste sich jeder Klinikarzt in Deutschland 4 Stunden pro Tag mit Bürokratie beschäftigen. Und der schon erwähnte Virchow-Bund hat gerade erst mitgeteilt, dass jede Praxis pro Jahr 61 Tage mit Bürokratie beschäftigt ist. Für die Aufrechterhaltung der tiermedizinischen und medizinischen Versorgung, wie auch für die Notfalldienste benötigen wir alle ausreichend Personal, dessen Einsatz um und für die Gesundheit von Tier und Mensch wertgeschätzt wird und dessen eigenes Leben und Gesundheit im Einklang mit dem Arbeitsalltag gut zu vereinbaren sein muss.

Ein ‚Weiter so' der Politik mit Diktion statt Diskussion, mit unüberlegten Maßnahmen, mit 2:1 Umsetzung von EU-Vorgaben trägt zu erheblichen tiermedizinischen und medizinischen Versorgungsengpässen, ja sogar Nicht-Versorgung, bei. Was wir deshalb dringend brauchen, ist eine gesetzliche Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes.

Uns geht es dabei nicht darum, den Schutz unserer Angestellten zu schwächen. Unsere Mitarbeiter:innen sind uns immens wichtig und deren Gesundheit und Wohlbefinden ein hohes Gut. Es kann aber nicht sein, dass motivierten Kolleg:innen, die selbst ihre Arbeitszeit z.B. wegen weiter Anfahrt zur Arbeit oder für eine bessere Organisation in der Familie flexibel bestimmen wollen, gesetzliche Knüppel in den Weg gelegt werden. Anstatt einer Tageshöchstarbeitszeit fordern wir eine Wochenhöchstarbeitszeit, die auch im Hinblick auf die Bewerkstelligung der Notdienstverpflichtung eiligst umgesetzt werden muss. Die bayerische Staatsregierung hat dazu im Bundesrat einen Vorschlag für die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes auf den Weg gebracht, der für unseren Bereich hilfreich wäre und den wir deshalb ausdrücklich unterstützen.

Wenn Sie morgen im Bundestag über die Fachkräftestrategie der Bundesregierung beraten, dann bitte ich Sie, nicht nur über mehr Einwanderung zu sprechen. Das wirkt eher langfristig. Bitte gehen Sie auch die Flexibilisierung des Arbeitszeitgesetzes an. Das würde uns kurzfristig helfen und etwas Luft verschaffen!

Meine Damen und Herren,
noch ein letztes Wort zum heiß diskutierten Thema Fremdkapitalinvestoren in den Heilberufen. Gesundheitsminister Lauterbach will dazu ja noch in diesem Frühjahr einen Gesetzentwurf vorlegen, der sicherstellen soll, dass, wie er sagt, in der Human- und Zahnmedizin ‚die

Medizin vor der Ökonomie Vorrang hat‘. Auch die Bundesärztekammer hat dazu zwischenzeitlich ein Positionspapier erarbeitet. Herr Dr. Reinhardt, vielleicht können Sie dazu gleich noch ein paar Sätze sagen.

Auch in der Tiermedizin haben wir seit einigen Jahren schon Finanzinvestoren. Und auch in der Tiermedizin gibt es eine lebhafte Diskussion darüber, ob mehr Regulierung oder Verbote sinnvoll wären. Was wir bislang aber nicht feststellen können, ist, dass ökonomische über medizinische Erwägungen gestellt werden. Ich halte so eine Einflussnahme wegen des immer schärferen Kampfes um Mitarbeiter:innen auch für nur wenig wahrscheinlich. Damit würde sich doch jedes Unternehmen ins eigene Fleisch schneiden.

Ich finde, dass der Vorschlag von Herrn Lauterbach zu kurz greift, weil er die wesentliche Ursache für die Entwicklung außer Acht lässt. Problem ist doch, dass die jungen Berufsträger heute durchweg angestellt arbeiten wollen, und sich keiner mehr selbständig macht. Daran müssen wir doch arbeiten. Wo sollen denn die Angestellten in Zukunft noch arbeiten, wenn viele Praxen schließen und nicht mehr von Investoren weitergeführt werden? Durch ein Verbot von Investoren würde die flächendeckende Versorgung nur noch weiter ausgedünnt. Ist das in unserem Interesse?

Sehr sinnvoll fände ich hingegen, wenn mehr Transparenz geschaffen wird, z.B. wie es die Zahnärzte schon gefordert haben, durch einen verpflichtenden Ausweis der Eigentümerstruktur auf dem Praxisschild. Dann haben es die Patienten/ Tierhalter in der Hand zu entscheiden, wohin sie gehen wollen.

Meine Damen und Herren,
ich habe etwas länger gesprochen, aber die Themen drücken im Moment richtig und das schafft riesige Probleme. Bitte sehen Sie es mir nach!

Ich wünsche Ihnen ein gutes, erfolgreiches und vor allem gesundes neues Jahr 2023!